Thorner Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefte. ins Haus gebr. 4.02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 48. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm.

Nr. 74 — Freitag, 28. März — 1919

Neueste Nachrichten.

Deutsche Schiffe auf der Fahrt nach Lebensmitteln.

Berlin, 26. März. (Drahtnachricht). Wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, sind am 25. 3. von Hamburg 7, von Stettin 2, von Emden 6, von Bremerhafen 3 und von Nordenham 1 Dampfer abgegangen.

Aus der Nationalversammlung in Weimar.

Berlin, 27. März. (Drahtnachricht). In der Nationalversammlung brachte der sozialistische Abgeordnete Trinks die Anfrage ein, ob dem Reichswirtschaftsministerium bekannt sei, daß das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat eine starke Erhöhung der Kohlenpreise vorzunehmen beabsichtige, und was man zu tun gedenke, um die drohende Preiserhöhung in angemessenen Grenzen zu halten.

Wie aus Weimar berichtet wird, befaßte sich das Kabinett gestern mit der Finanzierung der Lebensmitteleinfuhr und ermächtigte Herrn von Braun in Rotterdam die Vereinbarung über die 2. Rate abzuschließen. Bei voller Lieferung der in Aussicht gestellten Mengen ist zu hoffen, daß allmählich eine Erleichterung der Ernährungslage durch Ausgabe von Zusatzrationen erzielt werden können.

Vergebliche Werbungen um den Generalstreik in Berlin.

Berlin, 27. März. (Drahtnachricht). Die kommunistische Partei hatte gleich nach Beendigung des letzten Generalstreiks unter der Groß-Berliner Arbeiterschaft lebhaft für einen neuen Generalstreik gewirkt, der gestern beginnen sollte. Die Agitation erfolgte in einem Maße wie kaum jemals zuvor, aber es ist nirgends gestreikt worden. Die Arbeiterschaft scheint sich darüber klar geworden zu sein, welchen Wahnsinn solche politischen Streiks augenblicklich darstellen.

Die vorläufige Verfassung in Hamburg.

Hamburg, 26. März. (Drahtnachricht). Die Bürgerschaft hat heute die vorläufige Verfassung en bloc angenommen, wonach ihr die Ausübung der höchsten Staatsgewalt allein übertragen wird.

Aus der deutschen Waffenstillstandskommission.

Berlin, 27. März. (Drahtnachricht). Die deutsche Kommission hatte am 23. 3. Marschall Foch gebeten, den im besetzten Gebiet wohnenden Mitgliedern des rheinischen Provinziallandtages die bisher verweigerte Reise nach Düsseldorf zur dortigen Tagung des Landtages zu gestatten. Gleichzeitig ist ihm die Tagesordnung übermittelt worden. Marschall Foch ließ daraufhin am 23. 3. mitteilen, die Tagesordnung sei nicht dringender Natur, sie müsse erst von den Besatzungsbehörden geprüft werden. Die deutsche Kommission ersuchte die Alliierten um Auskunft, ob tatsächlich in Mainz und Kastell die Offiziers-, Unteroffiziers- und Beamtenfamilien zur Räumung ihrer Wohnungen gezwungen werden. Zutreffendenfalls werde dagegen Einspruch erhoben.

Kundgebungen in Wien.

Wien, 28. März. (Drahtnachricht). Heute abend fanden in sämtlichen 21 Wiener Stadtbezirken vom national-demokratischen Volksverein veranstaltete Unternehmungen zugunsten des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an das deutsche Reich statt, in denen unter entschiedener Verurteilung der Umtriebe der Feinde das Selbstbestimmungsrecht für Deutsch-Oesterreich gefordert wurde.

Frankreichs Protest gegenüber Rußland.

Paris, 26. März. (Drahtnachricht). Reuter. Pichon verteidigte in der Kammer Frankreichs Politik gegenüber Rußland und sagte, Frankreich sei seinen früheren Bundesgenossen treu geblieben und gehe niemals von der von Clemenceau verkündeten Politik ab, nämlich den Bolschewismus zu bekämpfen, der die Frage Rußlands und der Menschheit sei. Pichon wurde fortwährend von den Sozialisten unterbrochen.

Das neue Preußen.

Die Uebergangszeit der Revolution war reichlich lang bemessen. Nun haben wir endlich eine Regierung, die ihren Auftrag nicht vom Nervenzusammenbruch eines Volkes herleitet, sondern im Namen der verfassungsmäßig gewählten Vertretung des Volkes handelt. Am 25. März hat sich diese neue Regierung der Landesversammlung und damit auch Preußens vorgestellt. Die Zusammensetzung ist ein nicht ganz echtes Spiegelbild der innerpolitischen Lage. Das Zentrum hat sich nicht ausschließen lassen, vielmehr seine Unterstützung und Mitarbeit eindringlich verlangt. Das Zentrumsblatt „Germania" teilt die Gründe mit, die sich theoretisch ganz gut anhören ,damit aber noch nicht praktisch politische Beweiskraft gewonnen haben. In der programmatischen Rede des Ministerpräsidenten Hirsch finden sich Forderungen, die das Zentrum als solches bisher nicht nur bekämpft hat, sondern es hat aus diesem Kampf auch wesentlich eine politische Berechtigung hergeleitet. Die Trennung von Staat und Kirche, die freie Religionsübung, die Beseitigung der geistigen Schulaufsicht, all das greift nicht nur tief in das Gefüge des staatlichen Lebens ein, es schneidet auch die Wurzeln ab, aus denen bisher das Zentrum seine parlamentarische Nahrung sog. Ihm sind das Justizministerium sowie das neugeschaffene Ministerium für Wohlfahrtsangelegenheit überlassen worden. Die Sozialdemokratie selbst hat nicht nur das Ministerpräsidium besetzt, sondern auch die wirtschaftlich und politisch wichtigsten Ministerien. Das entspricht der Zusammensetzung des Landtags. Das Handels- und das Eisenbahnministerium haben die Deutsch-Demokraten besetzt. Sonach bleibt das Gesicht gewahrt, und alles kommt nun darauf an, wie diese Regierung das neue Preußen gestaltet.

Das Zentrum hat durch die „Germania" erklärt, es habe sich deshalb an der Bildung der Regierung beteiligt, um die Angelegenheiten der Kirche und der Schule wirksam vor der demokratischen Erneuerung und Durchdringung zu wahren . Allein die Rede des Ministerpräsidenten läßt keinen Zweifel aufkommen, daß ganze Arbeit gemacht werden soll. Immerhin wird das alte Preußen nicht ganz zum alten Eisen geworfen. Der Geist der Pflichterfüllung soll herübergenommen werden, was viel oder auch gar nichts bedeuten kann. Denn dieser Geist der Pflichterfüllung war nicht eine Erfindung des Obrigkeitsstaates, sondern das belebende Element der Entwicklung des preußischen Staates. Wenn es schon ein Abschied vom alten Preußen sein muß, dann darf ihm nicht nur Fluch und Verdammnis folgen. Denn dies alte Preußen hat immerhin einiges geleistet. Es hat sich großgehungert; es hat in der Zusammenarbeit von Krone und Volk Volk langsam den Weg zur politischen Einigung Deutschlands gefunden. Was Deutschland 1914 war, ist ohne das alte Preußen nicht zu denken. Ob es den durch die Revolution geborenen Kräften gelingt, ein neues Preußen zu errichten, können allein die Tatsachen entscheiden. Es hört sich gut an, daß der Geist der Pflichterfüllung uns wie eine Feuersäule vorangehen soll. Nur kann er mit Worten allein nicht erzeugt werden. Freiheit und Ordnung werden als die Grundpfeiler des neuen Preußens bezeichnet. Sie waren auch im alten Preußen nicht unbekannt, was wir heute erkennen, wo der Schrecken der Straße jede persönliche und wirtschaftliche Freiheit bedroht. Die Ordnung aber war die Kraft des alten Preußens, vielfach verschrieen und verlästert, dennoch unentbehrlich, weil kein Staatsleben ohne sie gedeihen kann. Bisher hat es die Revolution nicht verstanden, Ordnung zu schaffen, ob es der neuen Regierung gelingt, das Durcheinander in ein geregeltes Nebeneinander zu verwandeln, vermag wieder nur die Erfahrung zu zeigen. Das alte Preußen hatte einen stolzen Wahlspruch: Jedem das Seine. Für das neue Preußen sollte er in geläuterter Form herübergenommen werden, jedem Tüchtigen die freie Bahn ebnen, eine Klassen- und Parteiwirtschaft hindern, die leider heute ebenso droht, wie sie im alten Preußen unzweifelhaft bestanden hat. Was überlebt und verbraucht an diesem Preußen von gestern war, mag fallen. Allein es wird nicht viel Preußen geben, die sich der neuen Regierung mit Vertrauen und Zuversicht überlassen. Was der Ministerialpräsident sonst ausführte, verdient Zustimmung und tatkräftige Unterstützung: Wir werden uns wieder großhungern für den Staat mit dem Aufgebot aller Kraft arbeiten müssen. Allein dieser Staat, der durch die Geschichte und gemeinsames Erleben zu einer lebendigen Einheit gewachsen ist, darf nicht zerschlagen werden. Wer mit Sonderstaaten droht, weil ihm Maßnahmen der neuen Regierung mißfallen, verrät das Pflichtbewußtsein, verweigert Opfer, die um höherer gemeinsamer Interessen willen gebracht werden müssen. Die Revolution ist nun einmal eine geschichtliche Tatsache. Wenn sie sich in Irrgängen verläuft, so läßt sich dem Unheil nicht dadurch vorbeugen, daß wir dem Staat den Rükken kehren, sondern nur durch politische Arbeit, die die mißbrauchte Macht der Revolution und ihrer Träger auf ein erträgliches Maß im Geiste wahrer Demokratie beschneidet. Darum hat es keinen Zweck, grollend und abwartend beiseite zu stehen. Unmittelbare politische und wirtschaftliche Gegenwartsarbeit ist erstes Erfordernis. Dann helfen wir das neue Preußen aufbauen, nicht im Sinne engherziger Parteischablonen, sondern in dem eines wirklich freien Volksstaates, wo jedem das Seine wird, wo der Tüchtige freie Bahn findet, auch dann, wenn er nicht der Fahne der zurzeit herrschenden Partei zugeschworen hat.

Von der polnischen Front.

Berlin, 28. März. (Drahtnachricht). Von verschiedenen Seiten der posenschen Front werden wieder Vorstöße des Gegners gemeldet, insbesondere bei Rawitsch und Fraustadt und an der Netzefront, südlich Kolmar und südöstlich Bromberg. Nördlich Kempen richteten die Polen wiederum Feuer auf Zivilarbeiter. In ihren langen Meldungen funken die Polen fortgesetzt Berichte über heftiges Infanterie- und Maschinengewehrfeuer. Daß dieses Infanterie- und Maschinengewehrfeuer von den polnischen Truppen abgegeben und von unseren Truppen nur gezwungen erwidert wird, bleibt verschwiegen.

Ueber den Abtransport deutscher Reichsangehörigen aus der Türkei und Südrußland.

Berlin, 26. März. (Drahtnachricht). Auf das wiederholt an die Alliierten gerichtete dringende Ersuchen, nähere Auskunft zu geben über die Zahl und den Stand des Abtransports der deutschen Truppen und Zivilpersonen in der Türkei und Südrußland, ist der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa am 25. 3. u. a. mitgeteilt worden, daß nach Auskunft des Oberkommandierenden der Orientarmee sich 12 000 Deutsche in Konstantinopel, 2000 Militär- und 200 Zivilpersonen in Odessa und 9500 deutsche Militär- sowie 200 Zivilpersonen in Nikolajewsk befinden.

Kämpfe der Letten mit den Bolschewisten.

Berlin, 26. März. (Drahtnachricht). Ueber die Kämpfe der Truppen der lettischen Regierung mit den Bolschewisten wird u. a. gemeldet, daß die Einnahme von Bausk nach schweren Kämpfen erfolgte. Bausk wurde von 2000 Bolschewisten verteidigt, denen außer verwundeten Gefangenen 350 unverwundete Gefangene, darunter ein Regimentskommandeur und zahlreiches Heeresgerät abgenommen wurde. Der Gegner hatte 70 Tote. Nordöstlich Mitau ist der Feind in die alte Olai-Stellung zurückgegangen. Tukkum war durch den Gegenangriff der Bolschewisten am 24.3. vorübergehend in ihre Hände gekommen. Es wurde am 25. 3. wieder genommen.

Der Prozeß gegen den Mörder Jaures'.

Genf, 25. März. In dem Prozeß gegen Vilain, den Mörder Jaures', der gestern begann, erklärte der Angeklagte, mit Vorbedacht gehandelt zu haben, und zwar, weil er Jauresi Wirken für unheilvoll für das Volk gehalten habe. Schon beim Regiment habe es ihn geschmerzt, seine Kameraden unpatriotische Lieder singen zu hören; seine Erbitterung sei angesichts der Bedrückung der Elsaßlothringer aufs höchste gestiegen, und er habe zuerst den Kaiser zu töten beschlossen. Erbittert habe ihn auch der Widerspruch Jaures gegen das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit, da er davon Störungen der Mobilmachung durch Sabotage befürchtet habe; damals sei ihm der Gedanke gekommen, Jaures zu töten. Am 31. Juli habe er bei den einrückenden Soldaten weniger Begeisterung gefunden, als er erwartet habe, aber die Ausführung seines Vorsatzes noch verschoben. Er sei am Abend lange um das Cafe herumgestreift, in dem Jaures sich befand, habe dann aber, einer plötzlichen Eingebung folgend, den Vorhang gelüftet und gefeuert; er habe unter einem unwiderstehlichen Drange gehandelt. Daran, daß Jaures Frau und Kinder habe, habe er nicht gedacht. Auf die Frage des Präsidenten, ob er nicht erwogen habe, daß dieser Mord schwere Arbeiterunruhen hervorrufen könne, und ob er nicht an die hervorragende Rechtschaffenheit des Ermordeten gedacht habe, erwiderte Villain: Ich bin tief religiös, aber das Gewissen erwachte in diesem Augenblick nicht in mir.

Die deutsche Nationalversammlung in Weimar.

28. Sitzung vom 25. März, 3 Uhr Nachmittags.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst eine große Reihe von Anfragen. Auf Anfrage Dr. Rießer (Dtsch. Vp.) über Vergewaltigungen deutscher Zeitungen in der Pfalz erwidert Regierungskommissar Dr. Hämmer, daß es sich um ein systematisches Vorgehen der Franzosen handle, mit dem Ziel, die Bewohner der Pfalz dem Reiche zu entfremden. Die Regierung zweifle aber keinen Augenblick an der Reichstreue der Pfälzer, sie sei in Spaa vorstellig geworden und hoffe, daß Marschall Foch den französischen Befehlshaber zur Rechenschaft ziehen werde. — Bayrischer Ministerialdirektor Dr. Wolff erklärt, daß seine Regierung sich dieser Erklärung anschließe. In der Pfalz sehnt sich niemand nach Frankreich, dort denke man noch an den Mordbrenner Melac. — Eine Anfrage des Demokraten Falk über ungenügende Versorgung der besetzten Gebiete mit Lebensmitteln erwidert Unterstaatssekretär Freiherr v. Braun, daß die besetzen Gebiete keineswegs schlechter versorgt worden seien als das übrige Deutschland. Beschwerden seien nur vereinzelt eingegangen. Für besondere Notfälle sei ein Ausgleichsverfahren vorgesehen. — Zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Abgeordneten Kuhnert und Haase (U.-Soz.) auf der einen und dem Major von Gilß auf der andern Seite kam es bei der kurzen Beantwortung von Anfragen der Unabhängigen über die Vorkommnisse in Halle. — Auf Anfrage des Abg. Dr. Philipp (Dtsch. Natl.) betreffend Wiederlangung der beim letzten Leipziger Generalstreit verteilten Waffen erwidert der sächsische Oberst Schulz, daß falls noch Waffen zurückbehalten seien, die Regierung sich vorbehalte, besonders im Hinblick auf die Leipziger Messe auf anderem Wege als bisher die Herausgabe der Waffen zu erzwingen.

Nunmehr begründeten die Abgeordneten Wetzlisch (Dtsch. Natl.) und Irl (Ztr.) Interpellationen betreffend Maßnahmen zu Gunsten des Mittelstandes.

Reichswirtschaftsminister Wissol: Es ist unmöglich, den Zustand vor 1914 für jeden einzelnen Betrieb wieder herzustellen. Die Zertrümmerung des Wirtschaftslebens ist eine Folge des Krieges und nicht auf die Revolution zurückzuführen. Aufträge von Staat und Gemeinden an Handwerk und Industrie sind bereits zahlreich erteilt worden. Leider ist die Finanzlage des Reiches hinderlich. Nur im Zusammenschluß liegt die Zukunft auch des Handwerks.

In der Besprechung der Interpellation bemerkt Abg. Brühne (Soz.): Mit den Zusicherungen des Ministers könnte die ganze Nationalversammlung zufrieden sein. Sie gehen weiter als die der früheren Regierung.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 3 Uhr vertagt.

Schluß gegen 7 Uhr.

Preußische Landesversammlung.

Das Programm der neuen Regierung.

In der Sitzung der Preußischen Landesversammlung am Dienstag wurde vom Präsidenten Leinert dem Hause das neue Staatsministerium vorgestellt, nachdem am Montag erst in sehr später Abendstunde die Personenfrage der einzelnen Ministerposten zwischen den Mehrheitsfraktionen endgiltig erledigt worden war. Der Präsident wies in seinen kurzen Einleitungsworten darauf hin, daß damit das erste parlamentarische Ministerium gebildet sei. Die Mehrheit des Volkes stehe hinter dem Ministerium. Aus der Hand des Volkes habe die neue Regierung das Mandat erhalten; sie müsse nun beweisen, daß sie das Volk auch verstehe und mit seinem Fühlen und Denken eins sei.

Der Ministerpräsident Hirsch nahm nunmehr das Wort, um dem Hause die nächsten programmatischen Ziele der neuen Regierung zu

erläutern. Es war ein Programm, mit dem sich jeder gute Demokrat einverstanden erklären kann, volksfreundlich, klar auf dem Boden der realen Tatsachen stehend, nicht utopistischen Idealen nachjagend, dabei großzügig und von wahrhaft sozialem Geiste erfüllt. Der Eindruck den es bei den Mehrheitsfraktionen machte, war wie der oft laute Beifall bewies, groß und stark und offensichtlich konnten sich auch die Parteien auf der äußersten Linken und äußersten Rechten seiner Wirkung nicht entziehen. Die Unabhängigen markierten eine schwache Oppositionsstellung, die Rechte hörte die Ausführungen des Ministerpräsidenten mit ruhiger Gelassenheit an. Herr Hirsch gedachte der Vorzüge des alten Preußens, des schlichten Geistes ernster Pflichterfüllung. Er betonte aber gleichzeitig, daß die bisher herrschende Bevormundung, der enge Kastengeist und blinde Autoritätsglauben, keine Stätte im neuen Preußen haben. Die Programmrede stellte an die Spitze die Aufrechterhaltung eines einheitlichen und unteilbaren Preußens, kündigte dann demokratische Reformen, besonders in der Verwaltung auf dem Lande und die Kommunalisierung der hierfür reifen Betriebe an. Besonders ausführlich behandelte sie das Gebiet der Schule und der Kirche. Es war hierbei ganz unverkennbar, daß das Zentrum sich zu ganz erheblichen Zugeständnissen gezwungen gesehen hat. Daß als Ziel die Einheitsschule bezeichnet wurde und der Aufstieg allen begabten und tüchtigen Kindern, ohne Rücksicht auf den Stand des Vermögens und den Glauben der Eltern gewährleistet werden soll, war selbstverständlich. Bemerkenswert aber ist, daß den Gemeinden das unumschränkte Recht auf Simultanschulen mit wahlfreiem konfessionellem Religionsunterricht eingeräumt wird, daß bis zur endlichen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, sowie der Stellung von Schule u. Kirche zu einander, der Religionsunterricht in allen Schulen für Lehrer und Schüler wahlfrei sein soll, daß die Entscheidung über die Teilnahme am Religionsunterricht bis zum Eintritt des religionsmündigen Alters die Eltern, danach die Schüler selbst zu treffen haben. Das allgemeine Recht des Staates zur Ausübung der Schulaufsicht bleibt aufrecht erhalten und wird restlos durchgeführt. Die Schulaufsicht wird fachlich, bei völliger Beseitigung der Ortsschulaufsicht und konfessioneller Ausschaltung der Schulleitung organisiert werden. Das Regierungsprogramm enthält weiter großzügige Formen auf landwirtschaftlichem Gebiete, verheißt eine soziale Besserstellung der Landarbeiter, ebenso wie eine solche aller Staatsarbeiter, besonders der Eisenbahner. Sie betonte am Schlusse die Notwendigkeit des Besitzes der Kohlenbecken im Saargebiet und in Oberschlesien für den preußischen Staat, die Aufrechterhaltung von Ordnung und Achtung vor den vom Volk selbst gegebenen Gesetzen der demokratischen Republik.

Der neue Finanzminister Dr. Südekum brachte dann den Notetat ein und gab einen knappen Finanzbericht, in dem er, ohne all zu schwarz zu färben, die ungünstige Finanzlage Preußens behandelte, und dem Volke den Ernst der gegenwärtigen Lage klar zu machen suchte. Budgetkommission überwiesen.

Nunmehr stehen auf der Tagesordnung die förmlichen Anfragen der Demokraten und der Rechtsparteien betreffend

die Polenfrage

in Verbindung mit den dazu gestellten Anträgen. Ein Antrag der Deutschnationalen fordert u. a. Verstärkung des Grenzschutzes, Austausch aller Gefangenen und Geiseln in Posen usw. Ein Antrag aller Parteien spricht u. a. aus, daß die Landesversammlung **schärfsten Widerspruch gegen die Losreißung von Teilen Oberschlesiens und Posens, West- und Ostpreußens und gegen die beabsichtigte Landung polnischer Truppen in der kerndeutschen Stadt Danzig** erhebe.

Abg. Aronsohn-Thorn (Dem.) begründet die Anfrage seiner Partei.

Den Gewalttätigkeiten der Polen ist man nicht rechtzeitig und nicht mit genügender Entschlossenheit engegengetreten und später hat das Machtgebot der Entente jeden Widerstand verboten. In Posen überwiegt die deutsche Bevölkerung in weiten Gebieten. Schlesien hat seit unvordenklichen Zeiten niemals zu Polen gehört. Die Polen haben es nur auf die reichen Bodenschätze Oberschlesiens abgesehen, Westpreußen gehört durchaus zu Deutschland. Der deutsche Charakter Danzigs wird selbst von den Feinden nicht in Zweifel gezogen.

Abg. Dr. Hoetzsch (Dtsch. Natl.): Alle Parteien dieses Hauses sind in der polnischen Frage einig. Auch der Ministerpräsident muß unsern Standpunkt teilen. Wir haben das Empfinden, als ob die Regierung Posen schon von ihrem Konto abgesetzt hat.

Ministerpräsident Hirsch: Die Regierung denkt nicht daran, die Ostmark preiszugeben. Wir haben alles getan zur Abweisung der polnischen Ansprüche. Wenn wir dieses Ziel nicht erreicht haben, so sind daran die Träger der früheren Polenpolitik schuld. Den Wirkungen des Abbruchs der Verhandlungen in Posen können wir mit Ruhe entgegensehen. Die preußische Regierung betrachtet es als ihre vornehmste Pflicht, alle Angriffe auf das Staatsgebiet abzuwehren. Bei der Durchführung des Wilsonprogramms verlangen wir Rücksicht nicht nur auf die zahlenmäßige, sondern auch auf die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der deutschen Bevölkerung. (Lebhafter Beifall)

Abg. Wende-Bromberg (Soz): Mit Phrasen ist dem Deutschtum im Osten nicht gedient. Gerade Sie (nach rechts) haben den Polen die Muttersprache geraubt und sie von Grund und Boden vertrieben. Die Arbeiterschaft in Posen läuft Gefahr, bei der Angliederung an Polen einen äußerst empfindlichen Kulturrückschlag zu erleiden. Bei Preisgabe deutscher Gebiete an die Polen durch einen Gewaltfrieden wird die Arbeiterschaft nicht ruhig bleiben.

Abg. Dr. Schulte (Ztr.): Polen ist von Deutschland in den Sattel gehoben und lohnt ihm dafür mit schnödem Undank. Schuld an den jetzigen Zuständen ist die Schwäche der Regierung.

Abg. Lichtenstein (U. Soz.): Wir stimmen der allgemeinen Resolution zu, sie darf aber nicht falsch ausgelegt werden. Die Hauptschuld trägt die Polenpolitik der früheren Regierung.

Nach einigen Ausführungen des Abgeordneten Dr. Richter (Dtsch. Vp.) bemerkt Abg. Kochmann (Dem.): Besser als diese Debatte wäre eine einmütige programmatische Erklärung zur Polenfrage gewesen.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Die noch gemeldeten Redner erhalten das Wort als Schlußwort. Nachdem Abg. Reinhard (Deutschnatl.) den deutschen Charakter Danzigs betont, erklärt Ministerpräsident Hirsch, daß es außerhalb Posens überhaupt keine nichtdeutschen Gebietsteile gibt, und daß innerhalb Posens weite Teile rein deutsch, andere nicht zweifelsfrei polnisch sind.

Abg. Schmiljan (Dem.) betont ebenfalls den deutschen Charakter Danzigs.

Hierauf wird der gemeinsame Antrag aller Parteien angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Besprechung der Regierungserklärung.)

Schluß siebeneinviertel Uhr.

Stadttheater.

Die spanische Fliege. Schwank in drei Akten von Franz Arnold und Ernst Bach. — Hahahaha! Ein Lachen ohne Ende: das war die Stimmung, die am Sonntag Abend das Haus beherrschte. Hat man sich schon krank gelacht, so kommen wieder neue Angriffe aufs Zwerchfell — einfach erbarmungslos. Solchen Spaß erlebt man wirklich nicht alle Tage. Die beiden Schwankdichter haben das Lachpulver erfunden: wer es einatmet, bekommt Lachkrämpfe. So wenigstens wirkt ihr Stück, den Inhalt erzählen? Fällt mir nicht ein! Das hieße denen, die der Erstaufführung noch nicht beigewohnt haben, den Schwank aber noch sehen wollen, die Freude verderben. Nur soviel will ich andeuten: die spanische Fliege ist eine Tänzerin, für deren Kind, das vor einem Vierteljahrhundert zur Welt gekommen sein soll, eine ganze Reihe von Vätern in Betracht kommen. Was für Wirrwar da herauswächst, läßt sich nicht beschreiben, da muß man dabei gewesen sein. Schlag auf Schlag geht es drei Akte lang, und wenn man glaubt, der Höhepunkt sei schon erreicht, wird's immer noch vergnüglicher. Und dann, wie sich's für einen Schwank geziemt: Ende gut, alles gut. Obwohl der Gegenstand auf den ersten Blick etwas heikel zu sein scheint, enthält das Stück nichts Anstößiges. Der Heiterkeitserfolg ist so unwiderstehlich, daß man vergißt, nach dem künstlerischen Wert des Stückes zu fragen. Der war ja wohl auch den Verfassern Nebensache. Aber Witze haben sie, und auf die Mache verstehen sie sich glänzend. Das genügt, um die Zuschauer so zu unterhalten, daß sie sich etwas Besseres gar nicht wünschen. Herr Wiesner in der Gestalt des Fabrikanten Klinke überschlug sich geradezu vor Uebermut. Seine überschäumende Munterkeit teilte sich den Zuschauern mit und ließ sie, so oft er sich zeigte, nicht aus dem Lachen herauskommen. Wie unnahbar in ihrer Tugend erschien neben ihm Frl. Malti als Frau Klinke, Vorsteherin des Vereines zur Hebung der Sittlichkeit! Sie hatte sich für ihren Ehrenabend eine Rolle ausgesucht, in der sich der Kobold, der in ihr steckt, nach Herzenslust austoben konnte. Der Dank, den das ausverkaufte Haus der beliebten Schauspielerin zollte, steigerte sich bis zum Schluß, wo ein reichgeschmückter Gabentisch auf die Bühne gebracht wurde. Herr Rennspieß als Meisel war „egal“ ein gutmütiger Sachse, den man selbst an der Pleiße als echt anerkannt hätte. Für den gewandten Rechtsanwalt Gerlach, der sich seiner Ueberlegenheit über die anderen Freier bewußt ist, fand Herr Friedrichs den rechten Ton. Alles in allem eine durchaus gelungene Vorstellung, an der jeder sein Vergnügen hatte. — id.

Aus Stadt und Land

Thorn, 27. März 1919

— **Die Reifeprüfung am Realgymnasium** bestanden heute die Damen Meta Rose und Ilse Walters, die sich mit dem Zeugnis der Reife vom Oberlyzeum einer Nachprüfung in Mathematik und Latein am Realgymnasium unterzogen.

— **Wichtig für Briefmarkensammler.** Auf Antrag des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat der Herr Reichspostminister verfügt, daß 1 Million Freimarken zu 10 Pfg. und eineinhalb Millionen zu 15 Pfg. mit dem schwarzen Aufdruck „5 Pfennig für Kriegsbeschädigte“ hergestellt werden. Diese Marken werden während des Monats Mai mit einem Aufschlag von 5 Pfg. für das Stück, also zum Einzelpreis von 15 und 20 Pfg. bei den Postanstalten des Reichspostgebietes zum Verkauf gelangen. Der Ertrag des Aufschlags wird dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge überwiesen werden. Da Deutschland im Gegensatz zu den meisten verbündeten, neutralen und feindlichen Staaten und ihren Kolonien bisher die Ausgabe von Wohlfahrtsmarken abgelehnt hat, was namentlich von den Sammlerkreisen auf das Lebhafteste bedauert worden ist, ist anzunehmen, daß insbesondere die Sammlerkreise der neuen Markenausgabe lebhaftes Interesse entgegenbringen werden.

— **Die Vergütung an die Kontrolleure des Arbeiterrats** aus städtischen Mitteln beträgt, wie berichtigend festgestellt wird, monatlich 348,34 Mark einschließlich Teuerungszulage und Wohnungsgeldzuschuß.

— **Zur Frage des Ruhegehalts der Staatsbeamten** wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ geschrieben: Es bleibt auch in Zukunft, von Ausnahmefällen abgesehen, die Zurücklegung einer Dienstzeit von 10 Jahren und eingetretene Dienstunfähigkeit oder die Vollendung des 65. Lebensjahres Voraussetzung für die Pensionierung. Neu ist die Bestimmung, wonach unmittelbare Staatsbeamten, die nach Vollendung des 10. Dienstjahres bis zum 31. 12. 1920 infolge der Umgestaltung des Staatswesens ihre Versetzung in den Ruhestand nachsuchen, in den Ruhestand zu versetzen sind, ohne daß eingetretene Dienstunfähigkeit oder die Vollendung des 65. Lebensjahres Vorbedingung des Anspruchs auf Ruhegehalt ist. Zu dieser Vorschrift ist aber zu bemerken, daß sie vorläufig noch nicht so schnell praktische Geltung bekommen wird, denn es sind dazu noch nähere Ausführungen des Staatsministeriums zu erwarten, die für ihre Anwendbarkeit die Richtlinien ziehen werden.

— Auf das **Liedertafelkonzert** am 29. März (siehe Anzeige) sei auch an dieser Stelle hingewiesen.

— **Eine eindrucksvolle Kundgebung zur Verteidigung des Vaterlandes entschlossener Truppenteile** fand gestern Nachmittag in den Straßen von Thorn unter großem Andrang der deutschgesinnten Bevölkerung statt. Um 2 Uhr nachmittags hatte die Vereinigung der aktiven Unteroffiziere, Ortsgruppe Thorn, eine Vollversammlung. Der Vorsitzende, Herr Bezirksfeldwebel Schwesig, begrüßte die erschienenen Offiziere, Kameraden u. Gäste und erteilte Herrn Unterzahlmeister Molkentin das Wort zum 1. Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme der aktiven Unteroffiziere zur augenblicklichen Lage. Die Rede, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, klang in die Aufforderung an die Versammelten aus, sich von den Sitzen zu erheben und das Gelöbnis abzulegen, für die restlose Erhaltung unserer deutschen Heimat mit Gut und Blut einzustehen, solange wir noch Waffen führen können: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr.“ Die Begeisterung die dieser Rütlischwur auslöste, drängte nach einer Kundgebung nach außen. Einmütig wurde ein Umzug gefordert, der sich denn auch alsbald vom Viktoriapark aus unter Führung des Herrn Obersten Lüddeke in Bewegung setzte. Daran beteiligten sich außer nahezu 1000 Unteroffizieren etwa noch 3000 Mann verschiedener Truppenteile, unter ihnen das Festungsfreikorps, das mit Stahlhelmen erschien, ferner Abordnungen der Eisenbahner, der Zollbehörde, des Deutschen Offizierbundes und einer Reihe anderer Körperschaften. In der Culmerstraße warf eines der Flugzeuge, die in niedrigstem Fluge über den Häusern der Stadt kreuzten, einen Kranz ab, dem folgende Worte beigefügt waren: „Entschlossen, den deutschen Boden bis zum letzten Atemzuge zu verteidigen, begrüßen Euch Kameraden der Garnison Thorn die Fliegerbeobachter Thorn, Kubeile, Flugzeugführer, Knauth, Beobachter.“ — Der Zug nahm unter Musikbegleitung seinen Weg nach dem Rathause, durch die Breitestraße, nach dem Stadtbahnhof, von dort zurück nach der Innenstadt, durch die Coppernikusstraße, weiter durch die Bromberger Straße bis zur Ulanenstraße. Dann wurde der Rückmarsch durch die Mellienstraße angetreten. Auf dem Theaterplatz fand ein Vorbeimarsch vor dem Führer statt. Hierauf kehrten die Teilnehmer nach dem Viktoriapark zurück, wo die unterbrochene Versammlung zu Ende geführt wurde.

— **In der Versammlung von Angehörigen des 21. Infanterieregiments** im Gasthause Hubrich in Stewken hielt, wie schon kurz mitgeteilt, zunächst Herr Unteroffizier Gabriel vom Rgts.-Soldatenrat einen Vortrag über den Werdegang der Soldatenräte und ihre Zukunftsaufgaben. Die A.- und S.-Räte schöpften, so führte er aus, ihr Recht aus der Revolution. Nach dem Zusammenbruch des Alten übernahmen sie die öffentliche Gewalt und schafften Ruhe und Ordnung. Ihre Aufgabe konnte nur eine vorübergehende sein. Nachdem die Nationalversammlung gewählt war, haben sie die Gewalt an diese abgegeben. Wenn das manchem Arbeiter als verfrüht erscheinen mag, so müsse darauf hingewiesen werden, daß nunmehr die Früchte der Revolution nicht mehr als gefährdet erscheinen können. Die neue Regierung hat den klaren Beweis erbracht, daß sie die Errungenschaften der Revolution für den Arbeiter nicht wieder preiszugeben gewillt ist. Man weiß heute, daß von Seiten der militärischen Stützen des alten Systems ein Anschlag auf die Republik nicht mehr zu erwarten ist; aber andere Elemente seien am Werk, um die Herrschaft der Willkür aufzurichten. Um diese zu bekämpfen, bedarf die Regierung einer starken, wohl disziplinierten, einheitlich geführten Armee. Aus diesem Grunde haben die Soldatenräte die Kommandogewalt in die Hände der Volksbeauftragten zurückgelegt, und diese haben deren Ausübung dem Kriegsminister übertragen. Dennoch wäre nichts falscher, als anzunehmen, daß damit die Aufgabe der Soldatenräte beendet sei. Dem ist keineswegs so. Sie bleiben bestehen als eine Instanz der Vermittlung zwischen Mannschaften und Führern. Sie sind dazu berufen, alle Klagen und Wünsche der Truppen der Führung zu übermitteln. Ohne ein solches Bindeglied wäre der Vorgesetzte nicht in der Lage klar zu erkennen, wo den Mann der Schuh drückt. Ein weiteres dankenswertes Feld der Tätigkeit hätten die Sold.-Räte in der Fürsorge für das körperliche und geistige Wohl der Mannschaften. In der Küche, wie in der Kammer könnten sie zum Wohle der Soldaten wirken, durch Einrichtung von Lesezimmern, Beschaffung von Lesestoff, durch Veranstaltung von Unterhaltungsabenden, durch Unterweisung in sportlichen Uebungen würden sie das Wohlbefinden der Truppe fördern. Sehr wichtig seien sie namentlich als Beschwerdeinstanz. Die Früchte einer solchen Fürsorgetätigkeit erblickt der Redner in der Wiederkehr des gegenseitigen Vertrauens in der Truppe, einer Vertiefung der Kameradschaft, einer Veredelung der Dienstfreudigkeit. Dann werde die Deutsche Armee einmal wieder sein, was sie war: mächtig und achtunggebietend. — Lebhafter Beifall lohnte den Redner, als der Regiments-Kommandeur das Wort zu einer kurzen Erwiderung ergriff. Er müsse der eben gegebenen Darstellung der Aufgabe der S.-Räte uneingeschränkt beipflichten, und er zolle der bisherigen Arbeit des Regts.-S.-Rates die vollste Anerkennung. Ihm sei die Einrichtung der Vertrauensleute nichts neues. In 15jähriger Kompanieführung habe er bereits die besten Erfahrungen mit ihnen gemacht. Anschließend wurde aus der Reihe der Mannschaften der Gedanke ausgesprochen, daß die Thorner Truppen ihrer ernsten Aufgabe, nämlich des Grenzschutzes, stets eingedenk sein müssen und daß auch der Sport sich diesem Endzweck anzupassen habe. — Alsdann ergriff Hauptmann Wagener zu längeren Ausführungen über das Thema: „Die Bedeutung der Armee in der Jetztzeit“ das Wort. Der Zusammenbruch sei darauf zurückzuführen, daß müde und bequeme Leute sich von ehrgeizigen Friedenstheoretikern glauben machen ließen, daß man einen Krieg in den man verwickelt sei, jederzeit auch abbrechen könne, wenn man es nur wolle. Man setzte auf der anderen Seite dieselbe Friedensgeneigtheit voraus. Das war ein verhängnisvoller Irrtum. Unsere Friedenssehnsucht stärkte lediglich den Vernichtungswillen der Feinde. Unter dem Einfluß Marxistischer Lehren und einer Reihe aus dem Osten Europas stammender Ideen, verbreitete sich in unserem Volke die Ansicht, daß unsere eigene Macht das gefährlichste Hindernis auf dem Wege zur Herrschaft des Rechts sei. Dieser Auffassung liegt ein schwerer Irrtum zu Grunde. Man gehe von der Voraussetzung aus, daß es ein Recht an sich, ein völlig unabhängiges Recht gäbe, das im Gegensatz zur Gewalt stehe. Dieses blüht aber nur da, wo eine überlegene Gewalt es erzwingt; nur im Schutze der Macht vermag es zu gedeihen. Recht sei uns das, was die Macht als solches erkläre. Der beste Beweis sei folgender: Sobald die öffentliche Gewalt aufhört, hört auch sofort mehr oder minder das Recht auf. Und was das Recht innerhalb des Staates ist, ist der Friede im Verhältnis der Staaten zu einander. Der Friede besteht nur, wo eine Macht vorhanden ist, der man zutraut, sie könnte ihn erzwingen. Lediglich Furcht hindert den Friedensbrecher an seiner Arbeit. Daher wird nur ein starkes Volk Frieden haben, das ist ja die bittere Erfahrung unserer Tage. Auch Herr Erzberger wird das verhängnisvolle seines Irrtums heute einsehen. Nachdem unsere Friedensfreunde das Werkzeug unserer Macht zerbrochen hatten, ernteten sie als Lohn nicht etwa den Frieden, sondern Demütigungen und Vergewaltigungen sonder Zahl. Von außen die brutalste Knebelung, von innen der Terrorismus von Verbrechern und Geisteskranken, das ist die Frucht einer falschen Vorstellung von Macht und Recht. Redner verlas eine Reihe kurzer Zeitungsbericht aus den spartakistischen Schreckenstagen von Berlin, die in ihrer nüchternen objektiven Sprache einen erschütternden Eindruck auf die Versammlung machten und Aeußerungen leidenschaftlicher Entrüstung hervorriefen. Dann fuhr der Vortragende fort: Die bitteren Lehren dieser Tage haben der Regierung die Augen geöffnet. Nach innen und außen bedarf sie der Macht und die kann ihr nur die Armee geben. Eine Armee kann aber nur errichtet werden auf der Grundlage der Manneszucht. Aus Manneszucht und Kameradschaft bildet sie sich zum Werkzeug, das der Regierung und damit dem Volke nach innen Zucht und Ordnung nach außen Frieden gewährleistet. Nachdem die alte kampferprobte Armee an inneren Gegensätzen zu Ende gegangen ist, müssen wir wieder von ganz vorn anfangen. Darum fort mit allem Argwohn und mit allen Verdächtigungen in den eigenen Reihen. Und wenn wir alle gemeinsam und mit aller Kraft daran arbeiten, dann werden wir den Tag herbeiführen, an dem das Ausland aufhören wird, den zu Boden gesunkenen Riesen, das deutsche Volk, mit Füßen zu treten und Teile aus seinem Körper zu reißen! Ein Geschäft, zu dem kein Volk weniger berechtigt sei als die Polen. — Im Anschluß an seine Ausführungen übermittelte der Redner dem Kommandeur Herrn Oberst Lüdecke, die gestern veröffentlichte Entschließung der Truppe.

— **Der Kleintierzuchtverein** hat die zwei Brutapparate, die er durch die Landwirtschaftskammer Danzig vom Landesamt für Nährmittel und Eier empfangen hat, jetzt aufgestellt, sie 8 Tage lang erprobt und zur Lohnbrüterei für die Stadt und den Landkreis freigegeben. Die Bedienung der Brutapparate haben 3 Herren übernommen. Als Entgelt für jedes eingelieferte Ei sind 20 Pfg. und für jedes abgelieferte Kücken 40 Pfg. zu bezahlen. Der Preis ist angemessen und stellt nicht etwa eine Verdienstmöglichkeit für den Verein dar. Der Verein hat bei der ersten Brut einen großen Teil Eier für eigene Rechnung hineingelegt und wird nach dem Schlüpfen die Kücken, reine Plym-Roeks, an die Vereinsmitglieder gegen Erstattung der Unkosten abgeben. — Die Bedingungen und Anmeldungen hierfür sind bei Herrn Netz zu haben. Es wäre erwünscht, wenn die Einrichtung recht häufig in Anspruch genommen würde, denn nur dadurch könnten wir in hiesiger Gegend die Knappheit an jungen Hühnern und Schlachthühnern bekämpfen.

— **Der Haushaltsvoranschlag des Landkreises Thorn für 1919 sieht an Einnahmen folgende Beträge vor. (Die in Klammer beigefügten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr). Bestand und Betriebsmittel** M. 158000,00 (49000,00) Allgemeine Kreisverwaltung M. 41356,04 (36306,04). Allgemeine Kreisverwaltung 17500,00 (13000,00). Kreisausschuß- und Amtsbezirks-Verwaltung 29033,00 (26794,60). Krankenhausverwaltung 15000,00 (13000,00). Gesundheitspflege 1400,00 (1400,00) Verkehrsanlagen: A. Kleinbahnen 13640,00 (6900,00). B. Chausseeneubauten — (—). C. Laufende Chausseeunterhaltung 65592,28 (65592,28) D. Gemeinde- und Gutswegebau 17226,00 (17226,00). Kreisschuldenverwaltung 97192,98 (69242,32). Kreisabgaben 525710,75 (405649,57) Aus Kreisvermögen: A. Kreis-Grundstücke 5871,58 (5306,69). B. Abfindungen 3500,00 (3500,00). Summe 991022,63 (713097,50). — Die **Ausgaben** setzen sich zusammen wie folgt: Allgemeine Kreisverwaltung: a. Persönliche 13311,05 (9699,60) b. Sächliche 1450,00 (1050,00). Kreisausschußverwaltung: a. Persönliche 97 6 0,66 (58247,16) b. Sächliche 22372,70 (21372,70). Kreiswohlfahrtsamt: a. Persönliches 23478,50 (—) b. Sächliches 2100 (—) c. Für besondere Zwecke 8390 (7070) Amtsbezirks-Verwaltung 15650,00 (12050,00) Provinzialverwaltung 137700,00 (126500,00) Gesundheits-Pflege 14016,00 (12770,00) Krankenhausverwaltung 23500,00 (21500,00) Gemeinnütziges 8741,52 (8397,52). Zu Verkehrszwecken: A. Kleinbahnen 1700,00 (1700,00) B. Chausseeneubaukosten 5000,00 (5000,00) C. Kreischausseeverwaltung a. Persönliche 37032,20 (32161,20) b. Sächliche 4598,65 (4598,65) c. Unterhaltungs-Kosten 308117,44 (155117,44) d. Zahlung an die Stadt Thorn für Aufhebung des Chausseegeldes 5200,00 (5200,00) D. Gemeinde- und Gutswegebau 38026,00 (38026,00) Kreis-Schuldenverwaltung 190841,71 (162441,03) Kreis-Abgaben 750,00 (750,00) Kreisgrundstücke: A. Kreishaus (Wallstraße 1 und Mauerstraße 70) 15236,20 (13246,20) B. Mauerstraße 58,64 1200,00 (1200,00) Betriebsmittel 15000,00 (15000,00). Summe 991022,63 (713097,50).

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Freitag, den 28. März 1919: Wolkig, etwas wärmer, leichte Regenfälle.

In der gestrigen Sitzung des Kreistages,

über den wir bereits berichteten, wurde auf Vorschlag des Kreistagsabgeordneten von Kries-Friedenau gegen die Stimmen des Polen von Czarlinski Telegramme an die Waffenstillstandskommission in Spaa und an die Reichsregierung gesandt, in denen der Kreistag gegen die Abtretung westpreußischen Gebiets entschieden Verwahrung einlegt. — In seinem Bericht über den Stand und die Verwaltung der Kreiskommunalangelegenheiten machte Herr Landrat Dr. Kleemann u. a. Mitteilung über die zur Linderung der Not unter den Arbeitslosen vom Kreisausschuß angeregten Notstandsarbeiten. Der Kreisausschuß habe es für seine Pflicht gehalten, in größerem Maßstabe durch Vergebung von Straßenbauten für Beschäftigung der Arbeitslosen zu sorgen. Ihre Arbeitsleistung sei allerdings außerordentlich gering. Die Bewegung eines Kubikmeters Erde kostet heute mindestens 10mal so viel als in Friedenszeiten. Bei der Unsicherheit der Kalkulation könne der Kreisausschuß keinen sicheren Kostenanschlag für diese Arbeiten vorlegen, woraus es erklärlich sei, daß man von einer Vorlage abgesehen habe. Aus der Versammlung wurden verschiedene Beispiele für die gegenteilige Wirkung dieser sogenannten Notstandsarbeiten vorgebracht, indem die hohe Bezahlung von täglich 10 bis 11 Mark die landwirtschaftlichen und sonstigen Arbeiter, die 6 bis 8 Mark täglich verdienten, dazu veranlaßten, ihre Arbeit ohne triftigen Grund niederzulegen und sich als „Notstandsarbeiter" zu verdingen. Für Notstandsarbeiten müsse auch ein „Notlohn" bezahlt werden, damit der Arbeiter ein Interesse daran habe, sich andere Arbeit zu suchen. Bei Durchberatung des Steuerplanes ist zu bemerken, daß das Steuersoll von 370000 Mark auf 383000 Mk. gestiegen ist. Der Kreisausschuß schlug daher vor, die Umlage auf 478000 Mark festzusetzen, was einem Steuerfuße von 125 Prozent gegen 100 Prozent im Vorjahre entspricht. Es hat sich herausgestellt, daß infolge der Zunahme der Kassengeschäfte die Schaffung einer zweiten Buchhalterstelle notwendig ist, so daß beschlossen wurde, die Einrichtung einer weiteren Buchhalterstelle vorzunehmen und die erforderlichen Mittel auf den Haushaltsanschlag zu übernehmen. —

Von den gewährten laufenden Teuerungszulagen wird bis zur Neuregelung der Besoldungsverhältnisse den verheirateten angestellten Kreiskommunalbeamten ein Betrag von 1000 Mk., den unverheirateten ein Betrag von 500 Mk. als pensionsberechtigtes Diensteinkommen mit der Maßgabe angerechnet, daß denjenigen Beamten, die an Teuerungszulagen weniger als 1000 Mk. bzw. 500 Mk. beziehen, der tatsächlich gezahlte Betrag als pensionsberechtigt anzurechnen ist.

Der Kreishaushaltsvoranschlag für 1919 wurde widerspruchslos angenommen. — Der Kreistag ist ferner damit einverstanden, daß der Kreisausschuß der Westpreußischen Wohnungsfürsorge-Gesellschaft m. b. H. als Mitglied mit einer Stammeinlage von 10000 Mark beitritt. Die Stammeinlage ist in der genannten Höhe aus bereiten Kreismitteln zu entnehmen. Hierdurch soll erreicht werden, daß die Wirksamkeit einer provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaft auch der Kleinwohnungsfürsorge in den kleinen Orten der Provinz zugute kommt. Der Zweck der Genossenschaft ist ausschließlich auf das Ziel gerichtet, minderbemittelten Familien und Personen gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen zu billigen Preisen zu beschaffen.

Vervollständigung der Amtsvorsteher-Vorschlagsliste. Es handelte sich hierbei um die Wahl eines Amtsvorsteher-Stellvertreters in Birglau. Der Kreistag entschied sich für den Oberinspektor Jahn. Die Bitte eines Kreistagsabgeordneten, für diesen Posten einen kleinen Besitzer zu wählen, konnte nicht erfüllt werden, da in dem betreffenden Bezirk nach Angabe des Herrn Landrats Dr. Kleemann kein schreibgewandter Mann vorhanden ist. — Wahl von Vertrauensmännern zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen für 1919. Es wurden für den Amtsgerichtsbezirk Thorn 4, für Culmsee 5 Vertrauensmänner gewählt. — Schiedsmannswahlen und sonstige auf dem Kreistage vorzunehmende Wahlen. — Verteilung der Kreistagsabgeordneten sowie Bildung der Wahlbezirke zur neuen Kreistagswahl aufgrund der Verordnung betreffend die Zusammensetzung der Kreistage und einige weitere Aenderungen der Kreistagsordnung vom 18. Februar 1919. Hierzu wurde vom Vorsitzenden ausgeführt:

Die Preußische Regierung hat unter dem 18. Februar 1919 mit Gesetzeskraft verordnet:

§ 1.

Wahlberechtigt zum Kreistag ist:

1. der Wahlverband der Städte, der die Stadtgemeinden des Kreises nach näherer Bestimmung der einzelnen Kreisordnungen umfaßt,

2. der Wahlverband der Landgemeinden (in der Rheinprovinz: der Landbürgermeistereien, in Westfalen: der Amtsverbände), der die Landgemeinden (Landbürgermeistereien, Amtsverbände) und die noch nicht eingemeindeten Gutsbezirke umfaßt.

§ 2.

Die jedem Kreise nach den bestehenden Bestimmungen zustehende Zahl von Kreistagsabgeordneten wird auf die Wahlverbände (§ 1) nach folgenden Grundsätzen verteilt:

1. Die Zahl der städtischen Abgeordneten wird nach dem Verhältnisse der städtischen und ländlichen Bevölkerung, wie es durch die letzte allgemeine Volkszählung festgestellt ist, bestimmt.

2. Die nach Abzug der städtischen Abgeordneten übrig bleibende Zahl der Kreistagsabgeordneten wird von dem Wahlverbande der Landgemeinden (Landbürgermeistereien, Amtsverbände) gewählt.

In Kreisen, in denen keine Stadtgemeinde vorhanden ist, werden sämtliche Kreistagsabgeordnete von dem Wahlverbande der Landgemeinden (Landbürgermeistereien, Amtsverbände) gewählt.

§ 3.

Hinsichtlich der Verteilung der von dem Wahlverbande der Städte zu wählenden Abgeordneten auf die einzelnen Städte und die Bildung von Städtewahlbezirken sowie hinsichtlich der Wahlen in den Städten bzw. Städtewahlbezirken bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen mit folgenden Maßgaben:

1. Für die Wahlen der städtischen Kreistagsabgeordneten sind die Stadtverordnetenversammlungen (Bürgervorsteherkollegien) ohne Beteiligung der Magistrate zuständig.

2. In Städtewahlbezirken treten die Stadtverordnetenversammlungen (Bürgervorsteherkollegien) der beteiligten Städte ohne Beteiligung der Magistrate zu einer gemeinschaftlichen Wahlversammlung an dem von dem Kreisausschusse bestimmten Wahlort unter der Leitung und dem Vorsitze des von der Wahlversammlung zu wählenden Stadtverordneten (Bürgervorstehers) zur Wahl zusammen.

3. Die Wahlen erfolgen in Städten oder Städtewahlbezirken, auf die mindestens drei Kreistagsabgeordnete entfallen, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl; die näheren Bestimmungen über das Verhältniswahlsystem erläßt der Kreisausschuß.

§ 4.

Soweit bei der Unterverteilung der dem Wahlverbande der Landgemeinden (Landbürgermeistereien, Amtsverbände) zugewiesenen Kreistagsabgeordneten auf eine Landgemeinde (Landbürgermeisterei, einen Amtsverband) nach der Seelenzahl mindestens ein Abgeordneter entfällt, erfolgen die Wahlen durch die Gemeindevertretung dieser Gemeinde (durch die Bürgermeisterei, Amtsversammlung dieser Bürgermeisterei bzw. eines Amtsverbandes). Dabei sind, soweit auf eine Landgemeinde (Landbürgermeisterei, einen Amtsverband) mindestens drei Kreistagsabgeordnete entfallen, die Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorzunehmen; die näheren Bestimmungen hierüber erläßt der Kreisausschuß.

Für die Wahl der übrigen auf diesen Wahlverband entfallenden Kreistagsabgeordneten werden die zugehörigen Landgemeinden und Gutsbezirke (Landbürgermeistereien, Amtsverbände) zu Wahlbezirken nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen vereinigt, auf deren jeden indessen mindestens drei Abgeordnete entfallen. Ist hiernach eine Wahlbezirksbildung nicht möglich, so findet die Wahl ohne Wahlbezirke statt. Die in diesem Absatze behandelten Kreistagsabgeordneten werden im Wege der allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme, wahlberechtigt sind alle im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Männer u. Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Kreise seit sechs Monaten ihren Wohnsitz haben und weder entmündigt sind, noch unter vorläufiger Vormundschaft stehen. Wohnsitz im Kreise hat jeder, der in ihm eine Wohnung unter Umständen innehat, die auf die Absicht einer dauernden Beibehaltung schließen lassen.

Bei den erstmaligen Kreistagswahlen ist gegen die Bildung von Wahlbezirken (Abs. 2) die Beschwerde an das Ministerium des Innern binnen zwei Wochen zulässig.

Das Ministerium des Innern hat hierauf unter dem 12. März d. Js. die telegraphische Anweisung erlassen, daß die Verteilung der Kreistagsabgeordneten sowie die Bildung der Wahlbezirke zur neuen Kreistagswahl durch den nächsten Kreistag erfolgen soll.

Für die Verteilung der Sitze der städtischen und ländlichen Abgeordneten ist der Bevölkerungsstand zu Grunde zu legen, wie er durch die letzte allgemeine Volkszählung festgestellt ist. Nach der Volkszählung vom 1. 12. 1910 betrug die ortsanwesende Zivilbevölkerung des Landkreises Thorn 56637. Gemäß § 84 der Kreisordnung besteht der Kreistag bei einer Einwohnerzahl von 25000 aus 25 Abgeordneten. Hierzu tritt bis 100000 Einwohner für jede Vollzahl von 5000 ein Abgeordneter; der Landkreis Thorn erhält bei 56637 Einwohnern noch 6 Abgeordnete, zusammen also 31 Abgeordnete.

Die Zahl der städtischen Abgeordneten wird nach dem Verhältnis der städtischen und ländlichen Bevölkerung bestimmt. Der Wahlverband der Städte umfaßt die einzige Stadtgemeinde des Landkreises, Culmsee, mit 10612 Seelen ortsanwesender Zivilbevölkerung nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910.

Die Zahl der städtischen Abgeordneten beträgt 6. Die übrig bleibenden 25 Abgeordneten entfallen auf den Wahlverband der Landgemeinden, der den Marktflecken Podgorz, die Landgemeinden und die Gutsbezirke umfaßt. Die Zivilbevölkerung dieser Ortschaften beträgt (56637 — 10612 = 46025. Mithin entfallen auf 1 Abgeordneten 1841 bis 2762 Seelen, auf 2 Abgeordnete 2762 bis 4603 Seelen, auf 3 Abgeordnete 4604 bis 6444 Seelen, auf 4 Abgeordnete 6445 bis 8285 Seelen, auf 5 Abgeordnete 8286 bis 10126 Seelen usw.

Auf Podgorz mit einer Einwohnerzahl von 3348 entfallen mithin 2 Abgeordnete. Für die Wahl der übrigen auf den Wahlverband der Landgemeinden entfallenden Kreistagsabgeordneten sind die zugehörigen Landgemeinden und Gutsbezirke zu Wahlbezirken nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen zu vereinigen, auf deren jeden mindestens 3 Abgeordnete entfallen. Für den Landkreis Thorn werden den Verhältnissen entsprechend 5 Wahlbezirke zu bilden sein.

Der Kreisausschuß schlug vor, der Kreistag wolle beschließen: 1. die Zahl der Kreistagsabgeordneten für den Landkreis Thorn wird auf 31 Abgeordnete festgestellt. 2. Von dieser Zahl werden dem Wahlverbande der Städte, der nur die Stadt Culmsee umfaßt, 6 Abgeordnete überwiesen, sodaß 25 Abgeordnete auf den Wahlverband der Landgemeinden entfallen. 3. Für den Flecken Podgorz sind 2 Abgeordnete durch die Gemeindevertretung zu wählen. 4. Die Wahlbezirke für die übrigen zum Wahlverbande der Landgemeinden gehörigen Ortschaften und die Verteilung der Abgeordneten auf dieselben werden nach dem beiliegenden Verzeichnis festgestellt.

Der Antrag des Kreisausschusses wurde mit 21 gegen 8 Stimmen nach kurzer Aussprache angenommen. Schluß der Kreistagssitzung 4.30 Uhr.

Lasdehnen (Kreis Pillkallen). Im Kohlendunst erstickt. Nachbarsleute fanden die Familie Kromat in der Wohnung, die von Kohlendunst angefüllt war, bewußtlos vor. Vater und Sohn wurden ins Leben zurückgerufen. Frau Kromat ist gestorben.

Insterburg. Die Bataillonskasse des Inf.-Regts. 45 wurde in voriger Woche nachts ausgeraubt. Ein in Haft genommener Fahrstuhlführer gab im Verhör an, daß ein Teil des Geldes im Stadtpark vergraben ist. Eine Nachgrabung an Ort und Stelle förderte auch den Betrag von 6895,40 Mark zutage. Der größte Teil des gestohlenen Geldes war inzwischen von der Militärpolizei anderen Banditen abgenommen. — Festgenommen. Von den sieben Personen, die vor einigen Tagen in Tarpupp einem Besitzer 4000 Mark und viele Wertgegenstände raubten, ist der aus Köln gebürtige Arbeiter Fritz Hardt, der noch in Militäruniform steckte und einen Militärpaß auf den Namen Kirn bei sich führte, am 20. März festgenommen worden. In seinem Besitz befanden sich noch 1259,60 Mark geraubtes Geld, eine Brieftasche, eine Herrenuhr und 4 Trauringe. Weibspersonen steckten dem H. in der Nacht zum 21. März durch ein defektes Fenster der Gefängniszelle eine Stichsäge zu, mit welcher er die Traillenstäbe zersägte und dann durch das Fenster flüchtete. Seine Wiederergreifung ist noch nicht gelungen. Die Helfershelfer wurden am 21. März ermittelt und festgenommen.

Thorner Schöffengericht.

Thorn, 25. März.

Dem Bahnarbeiter Johann W. wurde Hehlerei an Militärstiefeln zur Last gelegt. Im Oktober v. Js. faßte Zollaufseher Derwein in der Nähe des Bahnhofs Tauer den 12jährigen Sohn des W. mit einer Kiste ab, von der derselbe auf Befragen angab, daß er sie zum Schachtmeister Mischke in Seyde tragen wolle. Es sollten in der Kiste Aepfel enthalten sein. Da dem Beamten diese Angabe unwahrscheinlich schien, öffnete er die Kiste, wobei 3 Paar Militärstiefel zum Vorschein kamen. Ueber die Herkunft der Stiefel machte W. keinerlei Angaben und behauptete, von der ganzen Sache nichts zu wissen. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu drei Tagen Gefängnis.

In frecher Weise hat das Dienstmädchen Wally Lewandowski aus Gollub seine Dienstherrschaft, den Kaufmann Max Pasalla, bestohlen. Am 10. Februar entwendete sie ein Hemd, ein Damen-Beinkleid und einen Unterrock, welche Sachen sie anzog, sowie 20 Pfund Rind- und Schweinefleisch. Nach einer Woche stahl sie einen Sammetrock, eine Bluse und ein Paar Damenschuhe. Alle Sachen hatten zusammen einen Wert von 355 Mark. Nach der Verhaftung der Angeklagten stellte sich heraus, daß sie bereits wegen Diebstahls mit 3 Monaten Gefängnis vorbestraft ist. Jetzt verhängte das Schöffengericht gegen die Diebin eine vierwöchige Gefängnisstrafe.

Beim Händler Ignatz Jarocki in der Katharinenstraße wurden bei einer Nachsuchung durch Militärpersonen am Abend des 10. November v. Js. im Keller gegen zweieinhalb Zentner Fleisch vorgefunden, das in Wannen eingesalzen und unter Holzkloben versteckt war. Es wurde vermutet, daß das Fleisch von den Plünderungen aus dem Schlachthause herstamme, doch hat sich dies nicht erweisen lassen. Jarocki behauptete, das Fleisch hätten 2 Soldaten in Kartons verpackt an zwei verschiedenen Tagen gebracht und zur Aufbewahrung im Keller untergestellt. Der Gerichtshof gewann die Ueberzeugung, daß er das Fleisch von den Soldaten gekauft habe. Wegen Ankaufs ohne Fleischmarken erkannte das Gericht auf 75 Mk. Geldstrafe und auf Einziehung des Fleisches bzw. des Erlöses für dasselbe. Die Geldstrafe gilt durch eine 12tägige Untersuchungshaft für abgegolten.

Das Dienstmädchen Josepha Sieja, das bei Fabrikbesitzer Oskar Thomas eine Ledertasche im Werte von 200 Mark entwendet hat, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft.

Die Arbeiterin B. aus Simon hat am 22. November der Arbeiterfrau Martha Z. aus deren Wohnung 20 Mark entwendet, das Geld aber später wieder zurückgegeben. Diesen Diebstahl soll sie durch eine Woche Gefängnis büßen.

Auch der jugendliche Kutscher S. von hier, Gerberstraße 11, war im Dezember beim Festungsfuhrpark beschäftigt. Als er am 9. Dezember für die Lazarette Holz fuhr, entwendete er eine Fuhre Kloben und verkaufte sie an eine Frau Golz. Das Schöffengericht verurteilte S. für den Diebstahl zu 2 Tagen Gefängnis.

Standesamt Thorn.

Vom 24. bis 26. März 1919.

Sterbefälle: Gastwirt Johann Witkowski 59 J. 6 Mon. Maurermeisterwitwe Aurora Schwartz geb. Steinicke 85 J. 8 Mon. Janina Czarnecki 10 Mon.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 28. März 1919.

Altstädt. evangl. Kirche. Abends 6 Uhr: Passionsandacht. Herr Pfarrer Jacobi.

St. Georgenkirche Abends 6 Uhr: Passionsandacht. Herr Pfarrer Heuer.

Evangel. Kirchengemeinde Seglein. Nachm. 3 Uhr: Leidengottesdienst. Herr Pfarrer Franz.

Neueste Nachrichten.

Das englische Dienstpflichtgesetz vom Unterhaus angenommen.

London, 26. März. (Drahtnachricht). Unterhaus. Die Dienstpflicht-Bill wurde ohne Vertagungsantrag angenommen. Ein Vorschlag, das Inkrafttreten der Vorlage auf den 31. 12. 19 anstatt auf den 13. 4. 20 festzusetzen, wurde mit 282 gegen 70 Stimmen verworfen.

Explosion eines italienischen Luftschiffes.

Berlin, 27. März. (Drahtnachricht). Wie aus Chiasso berichtet wird, ist das in Hangar bei Mailand erbaute Luftschiff „S 5" explodiert. Drei Soldaten verloren dabei ihr Leben. Der Schaden beträgt 2 Millionen Lire. Das Luftschiff hat während des Krieges große Dienste geleistet.

Im Fahrstuhl verunglückt.

Berlin, 27. März. (Drahtnachricht). In der Zigarettenfabrik Yenidze, Dresden, ereignete sich ein schweres Unglück. Ein voll besetzter Fahrstuhl stürzte aus noch nicht ermittelter Ursache vom 5. Stockwerk in das Kellergeschoß. Dabei wurden 6 Frauen getötet und 29 Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt. Man vermutet, daß die Welle, über die das Halteseil läuft, schadhaft geworden war und gerissen ist.

Baracken-Verkauf.

Es werden angeboten 1. neue, ungebrauchte Normalbaracken, Größe 30:10 m Grundfläche, zum Preise von 15000 bis 16000 Mk frei Verladestation im Korpsbereich des 17. Armeekorps. Die Baracken eignen sich sehr gut für Massenquartiere bei Notstandsarbeiten;

2. gebrauchte Baracken aus den Gefangenenlagern Tuchel, Bütow, Czersk, Quaschow, Zollbrück, Wobensin, Lischnitz, Poblotz, Gnewau und Bütowin in der Größe von ca 200 bis 700 qm Grundfläche. Diese Baracken kommen öffentlich meistbietend zum Verkauf. Die Verkaufstermine werden durch die Kreisblätter und die Tageszeitungen bekanntgemacht;

3. Bettwäsche sowie Schränke, Tische, Schemel, Kochgeschirre, Feldöfen usw. für Einrichtung dieser Baracken gegen Zahlung des Abschätzungswertes.

Weitere Auskunft zu 1–3 erteilt die Intendantur des 17. Armeekorps in Danzig.

Von seiten des Generalkommandos.
Der Chef des Generalstabes.
v. Stülpnagel, Major.

Fleisch- und Wurstverkauf.

Für die laufende Woche werden auf die ganze Fleischkarte 100 gr. Fleisch mit eingewachsenen Knochen oder 80 gr. Fleisch ohne Knochen und auf die Kinderfleischkarte die Hälfte dieser Menge ausgegeben.

Außerdem können gegen Abschnitt 5 der Lebensmittelkarte für jede Person 100 gr. Blut- oder Leberwurst zum Preise von 3.— Mark für das Pfd. in der Fleischverkaufsstelle entnommen werden, bei welcher die betreffende Person als Kunde eingetragen ist.

Thorn, den 27. März 1919.
Der Magistrat.

Brennholzverkauf.

Auf dem städt. Holzplatz an der Weichsel werden noch:
Kleinholz d. Rmt. 1. Kl. zu 35 M.
" " 2 Kl zu 25 M.
sowie Nutzholz (Eichen-, Kiefernrollen und Balkenabschnitte) abgegeben.

Der Magistrat.

Haushaltungs- und Gewerbeschule für Mädchen
in Thorn.

Das Sommerhalbjahr beginnt am
2. April, vormittags 10 Uhr
für die Tagesschülerinnen,
abends 7 Uhr
für die Abendschülerinnen.
Schulgeld, Schulplan, Notizbuch und Bleistift sind mitzubringen.

L. Staemmler, Vorsteherin.

Mädchen-Mittelschule I
(Gerechtestraße 4).

Das neue Schuljahr beginnt am
Donnerstag, den 24. April,
morgens 9 Uhr.

Die Anfängerinnen (für Kl. IX) nehme ich am 7. April (Montag) **von 10—12 Uhr in meinem Amtszimmer** auf. Vorzulegen sind die Geburtsurkunde, der Impfschein und von den Evangelischen der Taufschein.

Für alle anderen Klassen findet die Aufnahme am 9 April (Mittwoch) in der Aula statt; dazu haben alle Schülerinnen gleichzeitig pünktlich um 10 Uhr sich einzustellen, das letzte Zeugnis und den Ueberweisungsschein vorzulegen u Papier und Feder mitzubringen.

In den Klassen III, VII und VIII sind nur einige Plätze frei; die Aufnahme in diese wird daher wahrscheinlich beschränkt werden müssen.

Thorn, im März 1919.
Lottig.

Oeffentliche
Zwangsversteigerung
Sonnabend, den 29. d. Mts.
nachmittags 1 Uhr
werde ich in Mlyniec nachstehende Gegenstände:

1 Kleiderspind, 1 Wäschespind, ein Bettgestell mit Matratze, 1 Sofatisch, vier Stühle, 1 Küchenspind, zwei Regulatoren, 1 Spiegel, ein großes Heiligenbild, sowie verschiedene Frauenkleider

öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung zwangsweise versteigern.

Versammlung der Käufer beim Gastwirt Nass in Mlyniec.

Thorn, den 27. März 1919.
Knauf, Gerichtsvollzieher.

Kräftige Jungen
können sich melden **Baderstr. 26.**

Das Reichsdemobilmachungsamt hat die Bekanntmachung F. R. 470/2. 19 KRA (K. St. I d 1471/6) vom 25. 2. 19 erlassen betreffend

Uebernahmepreis, Beschlagnahme und teilweise Freigabe von Schafwolle.

Durch obige Bekanntmachung tritt die früher erlassene Bekanntmachung g W. I. 1492/8. 17 KRA vom 20. 9. 17 außer Kraft.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Regierungsamts- und in Kreisblättern bekanntgemacht worden und bei der Kriegsamtstelle Abt. Id, Danzig, Krebsmarkt 2/3, einzusehen.

Danzig, den 25. März 1919.

Kriegsamtstelle.

Fliegerhorst Thorn
sucht
Freiwillige für den Grenzschutz.

Monteure, Flugzeugwarte, Tischler, Stellmacher, Spleißer, Kraftfahrer, F.=T.=Warte, Pferdepfleger und Leute beliebigen Berufes werden eingestellt, **besonders solche, die bei der Fliegertruppe im Felde waren.**

Mobile Löhnung und Verpflegung. — Freie Bekleidung 5 Mark Tageszulage. — Familienunterstützung.

Gefordert werden: Straffe Disziplin im Dienst und treue Kameradschaft.

Militärpapiere sind mitzubringen.

Deutsche Männer, helft die deutsche Provinz Westpreußen schützen!

Quade,
Hauptmann und Kommandeur.

Schul-Tornister,
Schul-Taschen und Frühstücks-Taschen
Schreib-Materialien.
Gustav Heyer. Breitestraße Nr. 6.

Brombergerstraße 102:
Lager-Räume
groß und hell,
Eiskeller, großer Lagerkeller
mit **Fahrstuhl, elektrische Anlage** vorhanden.

Preuss. Klassen-Lotterie.
Die Erneuerungsfrist zur 4. Klasse endigt mit
2. April.
Kauflose vorrätig!
Erdler,
Preuß. Lotterie-Einnehmer,
Breitestraße 22 I.

Verreist
bis zum 10. April d. Js.
Sanitätsrat **Dr. Saft,**
Frauenarzt.

Sohn achtbarer Eltern
(oder junges Mädchen) welcher Lust hat, die Zahntechnik zu erlernen, kann sich melden.
Joh. Koch
prakt. Dentist, Schönsee Wpr.

Lehrlinge
für meine Bildhauerei und Kunststeinfabrik werden eingestellt.
A. Irmer.

Gesunde Amme
für ein 3 Wochen altes Kind sofort gesucht. Gefl. Angebote an
Frau Samuel, Schönsee Wpr.

Gut Katharinenflur
stellt zum 1. April ein:
verheiratete Kutscher
verheiratete Arbeiter
2 Küchenmädchen

Landwirtschaftl. Arbeiter
stellt ein **Dom. Rietzig.**
Tagelohn erhalten: die Männer 4.00 und 5.00 die Frauen 3.50 und 4.50 Mk. und hohen Akkordlohn
Auskunft erteilt **Kosakowski**, Vorschnitter, am Sonnabend b. Herrn Hoppe, Gasthof zur Hoffnung
Abfahrt Dienstag, den 1. April, Thorn, Neustädtischer Markt

Dame oder Kriegsinvalide
welche das Aufzeichnen von Inschriften erlernen will, sofort in dauernde Stellung gesucht, auch als Nebenbeschäftigung tageweise.
A. Irmer.

Tüchtiges Mädchen
für alle Arbeiten und
ältere Frau
zum Kartoffelschälen sucht zum 1. April
Volksküche, Thorn.

Laufmädchen
sucht **Emil Golembiewski,**
Buchhandlung, Thorn.

Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche
(Evangelisationskapelle am Bayerndenkmal, Culmer Vorstadt).

Sonntag, den 30. März, nachmittags 4 ½ Uhr
Jahresfest des Blauen Kreuzes.
Abends 7 ½ Uhr Lichtbildervortrag:
„Des Vaters Schuld", „Aus der Tiefe in die Höhe".
Jedermann herzlich willkommen! Eintritt frei!
Sonnabend, den 29. März, abends 7 Uhr:
Lichtbilder-Vortrag für Kinder.

Odeon-Lichtspiele
Gerechtestraße 3.
Täglich v. 2 bis 10 Uhr geöffnet.
Von Freitag, den 28. bis Montag, den 31. März:
Pax Aterna
Der ewige Frieden
Hervorragend zeitgem. Drama in 5 Akten Filmlänge 2000 Meter. Dargestellt von erstklassigen Künstlern und Künstlerinnen und Tausenden von Mitwirkenden. Großer nordischer Kunstfilm.

Hauptdarsteller:

König Elin	Friedrick Jacobsen
Kronprinz Alexis	Carlo Wieth
Wilmar, Kriegsminister	Carl Lauritzen
Professor Freiherr von Claudis	Philip Bech
Bianca, seine Tochter	Fanny Petersen
Gregor, sein Sohn	M Egeskow
Malchus, Student	Anton de Verdier.

Leutnant Mucki.
Lustspiel in 3 Akten. Verfaßt von Franz Hofer.
Hauptdarsteller Lya Ley — Carl Auen — Ferry Sikla — Grete Weixler und Franz Hofer.

Es wird höflichst gebeten, diesen Vorstellungen gleich zu Beginn derselben beizuwohnen

---

Metropol-Theater
Friedrichstraße 7.
Täglich v. 2 bis 10 Uhr geöffnet.
Von Freitag, den 28. bis Montag, den 31. März:
„Um Krone und Peitsche" oder „Der Todessprung".
Ein Zirkus- und Eheroman in 6 Akten von **Fern Andra.**
Der lebende Schatten.
Detektiv-Drama in 4 Akten. In der Hauptrolle Max Landa.
Sonntag, den 30. März von 1½ bis 4 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.

Der Kleintierzuchtverein
eröffnet am Montag, d. 31. März für Stadt u. Land seine
Lohnbrüterei
und sind Anmeldungen baldigst an Herrn Kaufmann Netz zu richten.

Empfehle in guter Friedensware:
Roßhaarbesen, Roßhaarhandfeger, Bohnerschrubber, Bodenbesen, Borstenhandfeger, Fensterbürsten, Abseifbürsten, Gläserbürsten, Seidelbürsten, Klosettbürsten, Tassenbürsten Teerschrubber, Wagenbürsten, Kardätschen, Piassavabesen, Malerpinsel Streichbürsten Maurerpinsel etc.

Anfertigung u. Reparaturen sämtl. Maschinenbesen.

Rudolf Sobrandt, Bürstenfabrikant **Thorn-Mocker,**
Rösnerstraße 2, gegenüber dem Wollmarkt — Fernruf 402.

Vereid. Bücherrevisor
Maximilian Polzin,
Coppernicusstraße 14, Fernruf 186
übernimmt
Ordnen, Einrichtung u. Weiterführung von Geschäftsbüchern.

Böttcherarbeiten
Fazreparat. u. a. werd. übernommen. Anfragen unter Nr. D. 399 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Leinen-Zwirn
(Auslandsware) und Toilett-Stücke macht die Haut weich wie Seife 1 Pfd.-Paket (2,80 Mk. Nachnahme) versendet zur Probe
Patzegrau Rehden Wpr.

Neue elegante
Damenschuhe 38
einzutauschen gegen 39
Brombergerstraße 92, pt.

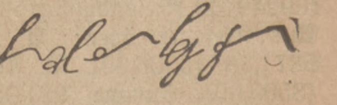
Flechtenleiden
Dauerbeseitigung Reichspatent Prospekt gratis. **Sanitas-Depot Halle a. S. 408.**

Eingetroffen!
Onduleisen,
Welleneisen
Haubennetze,
Stirnnetze,
Doppelnetze
B Araczewski, Culmerstraße 24

Seradella
zur Saat für Selbstverbraucher hat noch abzugeben
Leibitscher Mühle
Thorn Coppernicusstraße 14.

Kartoffel-Land
(Mocker, Fritz Reuterstraße)
8½ Morgen groß,
zu verpachten.
Näheres
Culmer Chaussee Nr. 49.

Stadt-Theater
Freitag, 28. März, 6½ Uhr:
Zum 4. Male!
„Das Schwarzwaldmädel".
Sonnabend, 29. März, 6½ Uhr:
Zum 3. Male! Ermäßigte Preise!
„Die spanische Fliege".
Sonntag, 30. März, nachm. 3 Uhr:
Zum letzten Male! Ermäß. Preise!
„Das Dreimäderlhaus."
Abends 6½ Uhr: Zum 5. Male!
Das Schwarzwaldmädel.



Die Uebungsstunden des Anfängerkursus
sind **Montag und Donnerstag** um 8½ Uhr. **Der Vorstand.**

Sitzung
des
Lehrer-Ausschusses
am
Freitag, 28. März,
um 4 Uhr,
im **Stadtverordneten-Sitzungssaale.**
J. V. Krieger.

Thorner Liedertafel
E. V.
Das Konzert
findet am
Sonnabend, den 29 März
im großen Saale des **Artushofes**
statt.
Beginn 5½ Uhr.
Die bereits ergangenen Einladungen behalten ihre Gültigkeit.
Der Vorstand.

Sonnabend, den 29. März,
7.30 Uhr abends
Versammlung der aktiven Sanitäts-Unteroffiziere
im Festungslazarett 1, Schulsaal.
Vollzähliges Erscheinen erforderlich, da Besprechung wichtiger Zivilversorgungsangelegenheiten stattfindet.
Der Einberufer

Kaffeebohnen
von ¼ Pfund an kauft zu sehr hohen Preisen **Badestraße 26 pt.**

Wachs kauft
Anker-Drogerie Elisabethstr 12/14.

Eine gut erhaltene
Schreibmaschine
zu kaufen gesucht. Angebote unter **G. 392** an die Gesch. d. Ztg.

---

2 Puten
2 Enten oder 1 Hahn gegen drei Fenster Gardinen einzutauschen oder zu kaufen gesucht. Angebote unter **M 397** a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Motorrad
modern, evtl. auch ohne Bereifung zu kaufen gesucht. Angebote unter **Nr 396** a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Dame sucht möbl. Zimmer
evtl. Klavierbenutzung. Angeb. unt. **G. 395** a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Synagogale Nachrichten.
Freitag: Beginn des Abendgottesdienstes 6¼ Uhr.
Sonnabend: Beginn des Frühgottesdienstes 7½ Uhr, des Hauptgottesdienstes 10 Uhr, Neumondsweihe. Beginn des Abendgottesdienstes 6 Uhr 55 Min.
Beginn des Morgengottesdienstes an den Wochentagen 6¾ Uhr, des Abendgottesdienstes 6¼ Uhr.

A. D. M.
wird von Dame gebeten, Sonntag, den 30. d. Mts., nachm 5 Uhr, mit angegebenem Erkennungszeichen am Krieger-Denkmal
bestimmt zu erscheinen.